Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 353. Dienstag den 23. November 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Herr Julius Wilhelm Strutzburger beabsichtigt in seinem an der Eutritzscher Straße unter Nr. 96 gelegenen Grundstücke Nr. 7717o des Flurbuchs und Fol. 53 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig eine Kleinviehschlächterei zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 15. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 25. November a. c. Vormittags 9 Uhr sollen in der Goethestraße am Denkmal daselbst drei Pappel-Nutzklötze, mehrere Raummeter Scheitholz und Reisighaufen an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhr öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 20. November 1880.

Die Deputation des Raths zu den Anlagen.

Bekanntmachung,

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1881 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflege befohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder am **Donnerstage, den 25. d. M., 2 Uhr**, oder am **Montage, den 29. d. M., 2 Uhr** in der Freischule, Zöllnerstraße Nr. 5, persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Ostern 1881 das sechste Lebensjahr vollendet und das siebente noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, soweit Raum noch vorhanden ist, in eine obere Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 15. November 1880.

Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.

Strenge und Milde.

Es ist für einen optimistischen Menschenfreund, der von unserer Culturentwickelung in vollkommener Logik eine Milderung und Veredelung der Sitten erwartet, kein Leichtes, die Thatsache zuzugestehen und anzuerkennen, daß wir inmitten einer Periode der erschreckendsten Zunahme der Verbrechen und Vergehen aller Art uns befinden. Der rasche Fortschritt der technischen Cultur und der Entfaltung der Geisteskräfte fällt zusammen mit dem rapidesten Niedergange der Sittlichkeit, wie er sich in der Statistik der Straffälle darstellt. Das mag traurig sein, mag entmuthigend scheinen, aber eingestanden muß es werden, wenn anders eine Besserung herbeigeführt werden soll.

Die Zunahme der Criminalität im letzten Jahrzehnt übersteigt weitaus die Zunahme der Bevölkerung — während in den Jahren 1871 bis 1876 die letztere 4¹/₂ Proc. betrug, beziffert sich die erstere auf 51¹/₂ Proc. Mag auch die größere Findigkeit und die bessere Einrichtung des heutigen Polizeiwesens, unterstützt von den raschesten und weit hinreichenden Verkehrsmitteln, etwas dazu beigetragen haben, die Verbrecherfrequenz größer erscheinen zu lassen, und mögen auch einige Vergehens-Kategorien mehr in unserem Strafcodex sich vorgesehen finden: die hier angeführten Ursachen vermögen das Alles nicht zu erklären und den beängstigenden Eindruck abzuschwächen. Gerade in den schwersten Verbrechenskategorien, die im Strafcodex aufgeführt sind, ist die Steigerung der Verbrechen die höchste. Die preußischen Schwurgerichte hatten in dem erwähnten Zeitraume gegen früher mehr abzuhandeln: Verbrechen gegen die Sittlichkeit 294 Proc., Mord 130 Proc., Todtschlag 102 Proc., Raub und Erpressung 164 Proc., schwere Betrugsfälle 290 Proc., Amtsverbrechen 375 Proc., und in Württemberg z. B. haben Mord- und Mordversuch um 218 Proc., Nothzucht und Unzucht um 250 Proc., Blutschande um 216 Proc. zugenommen.

Das sind Zahlen, welche reden und gegen deren überzeugende Kraft eben nicht anzukämpfen ist. Gleichwohl wäre es thöricht, in ihnen den Niedergang unserer Cultur zu bejammern und an der sittlichen Hebung des Menschengeschlechts verzweifeln zu wollen. Jene Zahlen stellen eine sociale Krankheit dar, und jedes Kind weiß, daß wir uns in der That in einer Periode der Ungesundheit befinden, die nothwendig auch zusammen fallen muß mit einer Periode sittlicher Gebrechlichkeit.

Mit einer Revision der Strafgesetze ist bei allem Diesem gar nichts gethan, das Heilverfahren muß damit einheben, unsere wirthschaftlichen Zustände, Arbeit und Erwerb, wieder gesund zu machen und die Quellen zu schließen, aus denen die verwilderte Gesinnung ihre Reizungen und Antriebe empfängt. Der thatsächlichen Entsittlichung und Wildheit wird allerdings mit äußerster Strenge entgegenzutreten sein, aber dazu reichen unsere Strafgesetze aus, und wo Mängel vorhanden sein sollten, da werden sie leicht, ohne eine principielle Umwälzung unserer criminalistischen Grundsätze, beseitigt werden können.

In verständiger Berücksichtigung dieser Mahnungen übe man gegenüber dem verkommenen Verbrecherthum äußerste Strenge mit der Absicht, ihm die Freiheit zu weiteren und schwereren Schädigungen der Gesellschaft zu nehmen und es, soweit möglich, sittlich zu heilen, aber eine rücksichtsvolle, die Verhältnisse human erwägende Milde muß gegenüber demjenigen Verbrecherthum walten, das ohne innere sittliche Verwilderung, lediglich unter dem Einflusse eines, die allgemeine sittliche Kraft übersteigenden Druckes der Zeit zu einem Verbrechensact gelangt ist.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 22. November.

In sonst wohlinformirten Kreisen will man — so schreibt man uns aus Berlin — einem von der „N. A. Z." veröffentlichten Schreiben des Reichskanzlers an mehrere Hamburger Großkaufleute in Sachen des Zollanschlusses nicht den Sinn beilegen, als ob dasselbe eine beschleunigte Wiederaufnahme der Verhandlungen bedeute, die auf die Einverleibung des Freihafengebiets in den Zollverein abzielen. Vielmehr lehnt es Fürst Bismarck ab, in dieser heiklen Frage noch einmal das Präventiv zu spielen, er betont, daß der Schlüssel zur Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten einzig und allein beim Senat Hamburgs liege, und daß es von diesem abhängen werde, „mit dem Reiche über den Zollanschluß in Verhandlungen zu treten, für welche Art. 34 der Reichsverfassung ihm die Initiativ giebt." Damit ist denn die ganze Frage noch mehr, als dies bisher schon der Fall war, zu einer intern-hamburgischen gemacht; das Reich, seine Bedürfnisse und seine Forderungen haben, nach des Fürsten Bismarck Ansicht, keine Eile, sie können warten, bis man sich in Hamburg überzeugt haben wird (wiederum nach der Meinung des Fürsten Bismarck), wie segensvoll das Aufgeben der Freihafenstellung wirken werde; und sie glauben, mit Recht oder Unrecht, diesem Zeitpunct um so ruhiger entgegensehen zu dürfen, als ja die von 32 angesehenen Firmen der alten Hansestadt unterzeichnete Kundgebung, die z. B. vielfach besprochen wird, den Beweis erbringe, wie sehr die Idee des Zollanschlusses schon in der Hamburger Kaufmannschaft Wurzel geschlagen habe. 32 Firmen, das will nun freilich herzlich wenig besagen, fast so wenig als die fadenscheinigen Beweisgründe, die sie vorbringen und die auf eine ohne Beweis gelassene Denunciation der Reichsfeindlichkeit gegen den Liberalismus und das Freihandelsprincip hinausgehen. Wenn Fürst Bismarck glaubt, daß in der Hamburger Bürgerschaft die Einsicht in das Unhaltbare des gegenwärtigen Zustandes die Majorität gewinnen werde, so wird man sich das gewiß allseitig gefallen lassen, und die Freihafenfrage muß mit dem Augenblicke ihren acuten Charakter verlieren, wo sie in loyaler und sachlicher Weise, aller politischen Voreingenommenheit entkleidet, lediglich unter den Gesichtspunct des Bedürfnisses gestellt wird. In diesem Sinne wird anerkannt werden müssen, daß das Schreiben des Reichskanzlers in seiner maßvollen Haltung wohl geeignet ist, beruhigend zu wirken.

In Bezug auf die Judenfrage ist noch folgendes Neuere nachzutragen. Die Berliner Blätter sind noch immer in hochgradiger Erregung ob derselben. Professor Mommsen erläßt eine Erklärung, wonach sich der in der bekannten, auch von uns mitgetheilten Kundgebung enthaltene Tadel in erster Reihe auf Herrn v. Treitschke bezieht. Dagegen opponirt wieder Treitschke in heftiger Weise gegen Mommsen. Treitschke wurde am Freitag von seinen Zuhörern im Auditorium eine Ovation bereitet. Er schloß seine Rede mit einer Mahnung an die studirende Jugend, in dieser Zeit, wo die Erregung von beiden Seiten künstlich genährt würde, wo Männer wie Kinder redeten und Kinder sich herausnähmen, die Rolle von Männern zu spielen (lebhafter Beifall), in dieser Zeit, wo die Luft mit Fieberdünsten geschwängert sei, sich jeder Demonstration zu enthalten und sich nicht vom allgemeinen Taumel hinreißen zu lassen. Die Unterzeichner der an den Reichskanzler gerichteten antisemitischen Petition erlassen eine Erwiderung auf die Kundgebung der Herren v. Forckenbeck, Mommsen und Genossen. Die „Kreuzzeitung" erklärt die Meldung der „Voss. Ztg.", wonach Herr Stöcker zur Niederlegung seines Amtes als Hofprediger veranlaßt worden, für durchaus unbegründet.

Wir haben vor Kurzem in einer Berliner Correspondenz auf das Verhältniß des Abg. Hobrecht zum Reichskanzler hingewiesen. Auch das „D. M.-B." äußert sich über dasselbe, indem es schreibt:

„Als der Reichskanzler seiner Zeit im Reichstage seine denkwürdige Rede hielt, in welcher er jene bekannten Versprechungen auf Steuererlasse machte, wie Erlaß der gesammten Classensteuer, der Einkommensteuer bis zu 6000 ℳ Einkommen und für alle Beamten, Ueberweisung der gesammten Grund- und Gebäudesteuer an die Communen, und seine damaligen Ausführungen unter der nicht geringen Ueberraschung des neben ihm am Bundesrathstische sitzenden Finanzministers Hobrecht, dem alle diese Mittheilungen des Kanzlers vollständig neu waren, beendet hatte, wandte sich der Kanzler an Herrn Hobrecht und sagte zu ihm: „Nun, ich habe Ihnen wohl hiermit einen Stein in Ihr Bret gelegt." Der damalige Finanzminister antwortete sofort dem Kanzler: „Nein, Durchlaucht, und ich werde mich bemühen, diesen Stein aus dem Bret wieder hinauszuwerfen." Alsdann folgte die Rede des Herrn Hobrecht über die „Zukunftsmusik" und kurze Zeit darauf der Rücktritt des Herrn Hobrecht."

Unsere Correspondenz stellt die Richtigkeit dieses Gespräches in Abrede.

In der Rudhart-Affaire wird der „Voss. Ztg." aus München geschrieben: „Die Nachricht, daß der deutsche Kaiser geruhte, Herrn v. Rudhart in Dessen Hotel mit einem Besuch zu beehren, hat hier in allen, besonders aber in den höheren Kreisen den freudigsten Eindruck gemacht. Herr v. Rudhart, dem ohne alles und jedes eigene Verschulden in den letzten Monaten so viel Unangenehmes zu Theil wurde, wird sicherlich nunmehr in versöhntester Stimmung Berlin verlassen können; wir dürfen aber auch behaupten, daß der kaiserliche Besuch bei dem bairischen Gesandten höchsten Ortes in München die Eindrücke völlig verscheuchen wird, welche die Vorgänge veranlaßten, welche Herrn v. Rudhart zunächst ein Gesuch um Urlaub und dann um Versetzung einreichen ließen. Man wird Dies um so mehr rühmen dürfen, da versichert wird, daß durch den kaiserlichen Abschiedsbesuch bei Herrn v. Rudhart auch den Wünschen des Reichskanzlers entsprochen wurde."

Der Pariser „National" beschäftigt sich mit den Verhältnissen in den Reichslanden. Es heißt in einem Unruhe und Besorgniß verrathenden Artikel des genannten Blattes: Die Städte und namentlich Straßburg sind noch unangetastet; man findet bei dem Manne aus dem Volke eine rührende Uebereinstimmung, die in den Bann gethane Sprache zu sprechen und die antigermanischen Gebräuche beizubehalten. Das flache Land ist gegen die Gewalt des Stromes weniger geschützt. Noch ist Nichts bloßgestellt; aber schwere Angst erfüllt das Herz unserer treuesten Anhänger, wenn sie an die Zukunft des Elsaß für den Fall denken, daß die Herrschaft noch 25 Jahre dauerte. Wenn wir uns nach Gründen umzusehen hätten, die vielleicht noch gewichtiger wären als die Sorge um unsere Interessen im Innern, so brauchten wir nur den Blick über unsere Ostgrenzen hinweg zu richten, um uns mannhaft zu überzeugen, daß Frankreich, daß die Republik um keinen Preis aufhören dürfen, durch Weisheit und Wohlergehen zu einem guten und stärkenden Beispiel zu dienen.

* * *

Der Bischof Rudiger von Linz hat den Gottesdienst zur Gedächtnißfeier Kaiser Josef's in Braunau untersagt, weil die Feier eine Gutheißung des Josefinismus, die Schmälerung der Autonomie der Länder und die Bevormundung der Kirche bedeute. — Ein Arbeiter-Verein in Prag ist socialistischer Umtriebe halber aufgelöst worden. Die auf Sonntag anberaumt gewesene Arbeiter-Versammlung in Prag ist verboten worden. — Am nächsten Sonntag findet in Laibach eine Volksversammlung statt, welche sich gegen die Beschlüsse des Wiener Parteitages aussprechen soll.

Die in Petersburg aufgetauchte Nachricht, alle ferneren politischen Processe würden nicht mehr vor dem Militairgerichte verhandelt werden, entbehrt nach Depeschen der „N. F. P." der Begründung, da nur die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht der bevorstehende Proceß gegen die Theilnehmer an dem Drucke der revolutionären Zeitung „Tschernoy Peredel" nach allgemeinen Gesetzen zu verhandeln sei, weil sie keiner Gewaltthat, wie Mord und Explosion, angeklagt werden. Die Zahl der betheiligten Personen beträgt nicht weniger als 130. Die Acten der Untersuchung umfassen 20 Bände. — Es wird bezweifelt, daß die Ernennung eines russischen diplomatischen Vertreters bei der Curie bereits erfolgt sei.

Wie es heißt, wird nach den Instructionen, welche Herr v. Radowitz auf seinen Athener Posten mitgenommen hat, die griechische Regierung über die Haltung Deutschlands zu ihren Ansprüchen an die Türkei nicht mehr im Unklaren bleiben können. Herr v. Radowitz hat nämlich nach officiösen Andeutungen den Auftrag, Herrn Komunduros zu erklären, man sei entschlossen, zunächst alle friedlichen Mittel zur Erledigung der griechischen Frage zu erschöpfen.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat, wie der „N. Fr. P." mitgetheilt wird, mit der Pforte und dem ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel Verhandlungen angeknüpft, um die Stellung der griechisch-orthodoxen Kirche in Bosnien und in der Herzegowina zu regeln. Das Wiener Cabinet wünscht, den neuen in diesen beiden Provinzen eingetretenen politischen Verhältnissen entsprechend, die vollständige Loslösung der orthodoxen Kirche in den Occupationsländern von dem Patriarchat in Konstantinopel und deren Constituirung unter einem vollständig unabhängigen Patriarchen.

Aus Paris ist heute nur wenig Neues von Bedeutung zu melden. Eine neue Zeitung Blanqui's, „Ni Dieu, ni maitre", ist am Sonntag erschienen. Mitarbeiter sind die extremsten Mitglieder der Commune, wie Eudes, Vaillant und Vallès. Der Ton der Zeitung ist revolutionär und antireligiös. Der Eigenthümer des Hauses, in welchem die Druckerei sich befindet, hat sofort durch Beamte gegen die Anbringung des Schildes mit obigem Titel protestirt. — Baudry d'Asson beabsichtigt, Gambetta und die Quästoren der Kammer wegen unbefugter Freiheitsberaubung gerichtlich zu verfolgen. — Der Conflictshof hat gegen die in Paris aus ihrem Kloster der Rue de Sèvres vertriebenen Jesuiten, sowie gegen die Jesuiten von Troyes erkannt, welche letztere hohen Schadenersatz vom Präfecten des Aube-Departements verlangt hatten. — Die Regierung beschloß, in Tahiti wieder eine Flottenstation zu errichten. Vorläufig werden ein Kriegsdampfer, ein Aviso und vier Goëletten entsendet werden. — Der Deputirte Ballue glaubt, nach einer Depesche der „Fr. Z.", in den Berichten der Commission, welche die Enquete über die Wahlen vom 14. October 1877 vornahm, neue Belege gegen Miribel, Commandant des zu Lyon liegenden Armeecorps, gefunden zu haben, der beschuldigt wird, einer der Hauptacteure der Staatsstreichsvorbereitungen von 1877 gewesen zu sein. Die Deputirten des Rhone-Departements haben beschlossen, auf Grund dieser Belege dem Kriegsminister abermals die Dringlichkeit der Absetzung des Commandanten vorzustellen.

In Brüssel fand am Sonntag auf dem Kirchhofe Evere die Einweihung des Denkmals für die während des deutsch-französischen Krieges in Belgien verstorbenen französischen Soldaten statt. Der französische Gesandte, Decrais, hielt hierbei eine Rede, in welcher er Belgien für dessen hochherzige Gesinnungen gegen Frankreich dankte. Gleichzeitig ertheilte er die Versicherung, daß die Regierung der französischen Republik trotz aller in der letzten Zeit aufgestellten gegentheiligen Behauptungen keine Absicht auf eine Annexion hätte, sondern in der belgischen Nation eine verbündete und befreundete Nation erblicke.

Die zweite Kammer der Generalstaaten hat am Freitag mit fünfundvierzig gegen neunzehn Stimmen den Vorschlag des Ministers der Colonien, van Goltstein, das Verhältniß des Antheils der Niederlande an den indischen Finanzen durch ein Gesetz zu regeln, verworfen. Damit ist denn auch das Budget für Indien vorläufig gefallen. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien, Herr van Lansberge, der seinen Abschied beantragt hat, will im März nächsten Jahres nach Holland heimkehren. Für seine Rückreise und für die Hinausreise seines Nachfolgers, der indessen noch nicht bestimmt ist, hat die Regierung bei der Kammer die Summe von 100,000 fl. beantragt.

Garibaldi hat das Bedürfniß gefühlt, ein neues politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, und sich nun als Socialist entpuppt. Derselbe hat in radicalen Blättern folgende Erklärung veröffentlicht: „Ich bin Socialist, aber ich fühle es, daß wir ohne die Republik unser Ziel nie erreichen können. Natürlich darf aber die Republik nicht das letzte Ziel unserer Anstrengungen sein, sondern dieselbe darf blos die Brücke abgeben, über welche wir dahin schreiten, um das von uns vorgesteckte Ziel zu erreichen. Als Socialist nehme ich die Republik als Mittel zum Zwecke an; wenn sich dann die Republik den socialen Reformen entgegen-